

Südchinesische Meer teilnehmen. Bisher waren allerdings nur Wissenschaftler, nicht jedoch Regierungsmitglieder vertreten.

Zahlreiche asiatische Staaten werden den Verdacht nicht los, daß Beijing mit solchen Hinweisen lediglich Zeit gewinnen will. Sogar der den Chinesen wohlwollend gesonnene frühere Ministerpräsident Lee Kuan Yew weist darauf hin, daß viele asiatische Länder in der Zwischenzeit mißtrauisch geworden seien, weil sie den "rituellen Versicherungen", daß China niemals Hegemonie ausüben wolle, einfach nicht mehr glauben wollten. China möge doch vor allem in der Spratly-Frage künftig etwas mehr Fingerspitzengefühl zeigen. (AWSJ, 24./25.2.95) -we-

---

## Innenpolitik

---

\*(6)

### Jiang Zemin über politische Grundsatzzfragen: Wofür lebt ein Parteimitglied?

Staats- und Parteichef Jiang Zemin, der gewöhnlich als farbloser Apparatschik geschildert wird, hat im Januar auf einer Plenartagung der Disziplinarkommission des KP-Zentralkomitees eine bemerkenswert philosophische, an vielen Stellen persönlich gefärbte Grundsatzzrede gehalten. Die Rede wurde erst mit mehrwöchiger Verzögerung von der offiziellen Nachrichtenagentur verbreitet. (Xinhua, 1.3.95 bzw. RMRB, 2.3.95)

Einige der originelleren Kernaussagen Jiangs, die über die sonst üblichen offiziellen Formeln zur Korruptionsbekämpfung hinausweisen, seien im folgenden zusammengefaßt:

- Gesetze und institutionelle Systeme werden nur dann mit Leben erfüllt, wenn sie von Menschen umgesetzt und beachtet werden. Ein gutes System kann einen schlechten Menschen von Mißbräuchen abhalten; ein schlechtes System (womit indirekt Mißstände im gegenwärtigen China angesprochen sind) aber kann dazu führen, daß selbst gutwillige Menschen nicht mehr in der Lage sind, positive Kräfte zu entfalten.
- "Prosperität und Stärke des Landes" (*guojia fuqiang*), der "Aufschwung der Nation" (*minzu zhenxing*) sowie

"Glück und Wohlstand des Volkes" (*renmin de xingfu fuyu*) müssen allen Parteimitgliedern am Herzen liegen. Letztlich geht es für jedes einzelne Parteimitglied um die Frage, wofür der Mensch lebt (*ren wei shenmo huozhe, zhege wenti*): Wenn man nur für sich selbst oder für die eigene Familie lebt, dann hat ein solches Leben nur einen sehr begrenzten Sinn.

- In der Geschichte Chinas haben sich diejenigen Herrscher als die besten erwiesen, die den Bedürfnissen des Volkes die gebührende Aufmerksamkeit schenkten. Sobald sie diesen Punkt mißachteten und die Bekämpfung der Korruption vernachlässigten, verloren sie die Unterstützung des Volkes und schließlich die Macht. In dieser Frage hält die chinesische Geschichte viele Erfahrungen und Lehren auch für die Kommunistische Partei bereit: Eine gute Regierung ist untrennbar mit der Aufrichtigkeit des Führungspersonals verbunden.
- Manche Parteifunktionäre sind offenbar nicht mehr in der Lage, sich den Verlockungen eines dekadenten Lebensstils zu widersetzen und wieder zur Besinnung zu kommen. "Ich meine, es ist Zeit, diese Leute mit lauter Stimme anzufahren."

Jiang Zemin beurteilt den inneren Zustand des politischen Systems überaus kritisch. Das verdeutlichen die aufgeführten Passagen. Gemessen wird er jedoch auch von der chinesischen Bevölkerung nicht an seinen Worten, sondern an seinen Taten. Die Verhaftung des "Kronprinzen" Zhou Beifang (siehe Übersichten "Binnenwirtschaft") wegen nicht näher benannter "Wirtschaftsverbrechen" könnte eine neue Richtung weisen. Es ist jedoch zweifelhaft, ob Jiang Zemin wirklich den Willen und die Durchsetzungsfähigkeit besitzt, den Kampf gegen die Korruption auf die obersten Etagen der Machtelite auszuweiten: Eine solche Säuberungsaktion könnte Widerstände und Kräfte hervorrufen, denen Jiang Zemin nicht mehr gewachsen wäre. -hei-

\*(7)

### Neuere Umfragen über Korruptionsverhalten, Lebensphilosophie und unternehmerische Energien

Die Meinungs- und Umfrageforschung hat in China seit den achtziger Jahren einen großen Aufschwung genommen. Da es keine freie Presse und keine frei-

en Wahlen gibt, ist die politische Führung auf Informationen aus Umfragen angewiesen, die über die Stimmung in der Bevölkerung Auskunft geben sollen. Aus ökonomischer Sicht sind besonders die Umfragen hilfreich, die über Konsumgewohnheiten, Sparverhalten und Einkommensverwendung verschiedener Bevölkerungsgruppen Auskunft geben. In dieser Hinsicht sind in den letzten Jahren beachtliche Fortschritte erzielt worden: Die noch in den achtziger Jahren sehr groben Umfragetechniken wurden mit Hilfe im Westen erprobter Verfahren inzwischen verfeinert und für die Besonderheiten der chinesischen Gesellschaft modifiziert. Auch der Meinungsforschungsriese Gallup unterhält inzwischen ein Tochterunternehmen in der VR China.

Überraschend erscheinen auf den ersten Blick die Ergebnisse mehrerer voneinander unabhängiger Umfragen, die sich mit der Haltung der Bevölkerung zur Korruptionsproblematik beschäftigten (vgl. JJB, 20.2.95; Zhongguo qingnian bao, 21.1.95; SCMP, 21.2.95; CNA, No.1530, S.4-5). Mehrere Meinungsforschungsinstitute stellten trotz unterschiedlicher Zusammensetzung der Befragten übereinstimmend fest, daß ein Großteil der chinesischen Bevölkerung zwar die Korruption als drängendstes gesellschaftliches Problem einschätzt und sich voller Verachtung über korrupte Beamte äußert. Zugleich gab aber mehr als die Hälfte der Befragten an, gegebenenfalls Geschenke oder Geld einzusetzen, um ihre persönlichen Interessen durchzusetzen. Die Kultur der Korruption scheint demnach in der chinesischen Gesellschaft ziemlich fest etabliert zu sein. Verschiedene Formen der aktiven Bestechung gehören inzwischen zu den weithin praktizierten gesellschaftlichen Spielregeln.

Einige interessante Ergebnisse förderte auch die erste, noch recht grobe landesweite Umfrage der amerikanischen Gallup Organization in der VR China über "Consumer Attitudes and Lifestyle Trends" (Kopie am Institut für Asienkunde) zu Tage. Die 3.400 Befragten hatten die Wahl unter sechs Aussagen zu ihrer allgemeinen Lebensphilosophie. Bemerkenswert ist die "materialistische" Ausrichtung, die in den Antworten zum Ausdruck kommt. Während sich insgesamt nur 4% der Befragten zu kollektiven Tugenden ("der Gesellschaft dienen") bekannten, nannten 68% "hart arbeiten und reich werden" als persönliche Maxime.

Erhellend ist die Diskrepanz zwischen ländlicher und städtischer Bevölkerung in dieser Frage. Unter der ländlichen Bevölkerung erreichte die Zustimmung zu "hart arbeiten und reich werden" 75%, während nur 47% der Städter (in der von staatlichen Betrieben und Behörden geprägten Metropole Beijing sogar nur 35%) diesem Bekenntnis zustimmten.

In der Geschichte der VR China war die Landbevölkerung stets viel schwächer als die städtische Bevölkerung in den sozialistischen Wohlfahrtsstaat eingebunden. Dies dürfte der wichtigste Grund dafür sein, daß die Landbevölkerung nach 1979 weitaus stärkere unternehmerische Energien als die im sozialistischen Staat privilegierte Stadtbevölkerung entfaltete: Die chinesischen Bauern hatten nicht viel zu verlieren, aber sehr viel zu gewinnen.

Nicht nur die Gallup-Analyse bekräftigt eine solche Beurteilung der ökonomischen Eigeninitiative unter der Landbevölkerung. Eine in offiziellem Auftrag durchgeführte Umfrage in der wirtschaftlich rückständigen Autonomen Region Ningxia brachte ähnliche Resultate zu Tage. Eine Mehrheit der Befragten äußerte reges Interesse am nationalen Wirtschafts- und Börsengeschehen. Mehr als 70% sagten, daß sie eher bereit seien, um des wirtschaftlichen Erfolges willen ein persönliches Risiko einzugehen, als passiv auf staatliche Unterstützung zu warten. 67% der in Ningxia Befragten nannten als eine ihrer Triebkräfte den Wunsch, "etwas zu tun, das noch niemand anders getan hat". (XNA, 26.2.1995) Im chinesischen Hinterland schlummern offensichtlich beachtliche unternehmerische Energien, die bisher noch kaum Gelegenheit hatten, sich zu entfalten. -hei-

\*(8)

### **Kampf gegen Behördenwillkür: Juristen und Journalisten in vorderster Front**

In den vergangenen Jahren hat die Gesetzgebung im Bereich des Verwaltungsrechtsschutzes einen starken Aufschwung genommen. Mehrere Gesetze räumen chinesischen Bürgern beachtliche Möglichkeiten ein, sich gegen rechtswidrige Eingriffe der Verwaltung und Willkürakte einzelner Beamter sowie auch Polizisten gerichtlich zur Wehr zu setzen.

Die wohlformulierten Gesetzestexte entfalten jedoch in den Augen der Bevölkerung bisher nur selten spürbare Wir-

kung. Es ist weiterhin sehr schwierig, mit Klagen gegen Amtsmissbräuche vor Gericht Gehör zu finden (viele Klagen werden erst gar nicht zugelassen). Auch nehmen viele Behörden und Funktionäre sich immer noch das Privileg heraus, die von Verwaltungskammern ausgesprochenen Urteile zu ignorieren. (Vgl. C.a., 1994/7, S.669-670.)

Aus zwei Berufsgruppen allerdings kommen in jüngster Zeit Initiativen, den Beschwerden gegen Behörden- und Polizeiwillkür Gehör zu verschaffen: Eine kleine, aber offenbar allmählich wachsende Zahl von jüngeren Anwälten und Journalisten versucht, sich der Belange einfacher Bürger anzunehmen, deren Rechte verletzt wurden. Auch die Verwaltungskammern einzelner Volksgerichte sind offenbar bestrebt, das geltende Verwaltungsrecht möglichst konsequent anzuwenden.

So kam es in den letzten Monaten zu einigen bemerkenswerten Fällen, in denen chinesische Bürger erfolgreich gegen Verwaltungsakte der Staatsorgane klagen konnten. Einige Beispiele seien aufgeführt:

- Eine Gruppe von 143 Bewohnern eines Dorfes in der Provinz Henan ging siegreich aus einem Rechtsstreit mit der Gemeindeverwaltung hervor. Diese hatte kollektiv Geldstrafen verhängt, nachdem mehrere Familien aus dem Dorf sich eines Neugeborenen angenommen hatten, das von den unbekanntem leiblichen Eltern in der Natur ausgesetzt worden war. Das Gericht sprach die Dorfbewohner vom Vorwurf frei, gegen die Vorschriften der staatlichen Familienplanung verstoßen zu haben, und hob die von den örtlichen Behörden verhängten Geldstrafen auf. (FZRB, 13.2.95; SCMP, 14.2.95)
- Einzelne Anwälte in den städtischen Ballungsräumen haben begonnen, neben der lukrativeren (und politisch weniger heiklen) Tätigkeit im Dienste von Klienten aus dem Unternehmensbereich sich auch gelegentlich der Belange einfacher Bürger anzunehmen. So gibt es etwa in Beijing ein Anwältin, die die zahllosen Wanderarbeiter in der Metropole berät und vor Gericht vertritt, wenn diese von der Polizei und anderen Ordnungsbehörden in ihren Rechten verletzt worden sind. (SCMP, 16.2.95)
- In der Großstadt Tangshan (Provinz Hebei) wurde kürzlich der Leiter einer Polizeiwache zum Tode verurteilt, unter dessen Aufsicht zwei unschuldig Verdächtige schwer mißhandelt wurden, von denen einer un-

ter der Folter starb. Neben dem Leiter der Wache wurden fünf weitere beteiligte Polizeibeamte zu Haftstrafen zwischen fünf und fünfzehn Jahren verurteilt. Die harten Urteile stehen in Zusammenhang mit der kürzlichen Verabschiedung des Gefängnisgesetzes, das jegliche Form der Folter durch das Aufsichtspersonal untersagt. (SCMP, 22.2.95)

Bei diesen in chinesischen Medien verbreiteten Urteilen handelt es sich um Vorzeigefälle, die die guten Absichten der politischen Führung demonstrieren und als Warnung für undisziplinierte Beamte und Polizisten dienen sollen. Die Bevölkerung allerdings bleibt gegenüber den Möglichkeiten des Verwaltungsrechtsschutzes mißtrauisch: In einer Umfrage in Beijing (einer der Städte mit dem höchsten Bildungsniveau unter der Bevölkerung) sagten etwa 80% der Befragten, daß sie im Falle einer Verletzung ihrer Rechte nicht vor Gericht ziehen würden. (SCMP, 16.2.95)

In Gesprächen begründen Chinesen ihre Zurückhaltung gegenüber gerichtlichen Schritten damit, daß unter dem derzeitigen System Beziehungen zu einflussreichen Personen ausschlaggebend dafür seien, ob man sein "Recht" durchsetzen könne. Nur "die Mächtigen" und "die Reichen" (*youquan de, youqian de*) besäßen Rechte in China. Gegenüber dem Führungspersonal in Betrieben und Behörden sowie gegenüber der Polizei sei es grundsätzlich nicht ratsam, das Haupt zu erheben: Das habe, selbst wenn man einen Prozeß gewönne, auf längere Sicht nur nachteilige Folgen.

Trotz der verbreiteten Skepsis scheint zumindest unter der besser ausgebildeten Schicht in den Städten sich das Verständnis für Recht und Gesetz allmählich zu schärfen. Journalisten, die in Zeitungen und Radiosendern über erfolgreiche Klagen gegen Verwaltungsakte berichten, tragen zu dieser Entwicklung bei. Große Breitenwirkung entfalten Radiosender, deren zum Teil erstaunlich lebendige "Hotlines" für Hörerfragen sich eines starken Zuspruchs erfreuen. Diese neuartigen Radioprogramme deuten an, welche Bedeutung Journalisten bei der Kontrolle von Amtsmissbräuchen gewinnen könnten, wenn man sie nur ließe.

Die über die Radiosender vorgebrachten Beschwerden decken ein breites Spektrum handfester Mißstände und konkreter Vorwürfe an die Behörden ab: Die oft kurzfristige, drastische Erhöhung lokaler Schulgebühren ist genauso Ge-

genstand der Kritik wie ausstehende Lohnzahlungen in Staatsbetrieben, das offenkundige Zusammenspiel zwischen Polizei und Schwarzmarkthändlern beim illegalen Fahrkartenhandel vor den Bahnhöfen und ausstehende Entschädigungs- und Unterhaltszahlungen durch staatliche Behörden. Ein juristisch geschulter Hörer wies auf einer "Hotline" darauf hin, daß es jedem offenstehe, "das Gesetz als Waffe" und zum Schutz der legitimen Rechte und Interessen einzusetzen. (Guangdong Volksradio, 11.2.95, nach SWB, 20.2.95)

Zweifellos ist es noch ein weiter Weg bis zur Durchsetzung einer "Herrschaft des Gesetzes" in China. Aber Ansätze zu einer Begrenzung staatlicher Willkür sind in der Entwicklung des Verwaltungsrechtes angelegt, und eine kleine Zahl von Juristen sowie Journalisten scheint im Begriff, diese Entwicklung voranzutreiben. -hei-

\*(9)

#### **Neue gesetzliche Regelungen für Tätigkeit von Volkskongressen, Justizorganen und Volkspolizei**

Der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses hat Ende Februar, unmittelbar vor Beginn der Jahrestagung des NVK-Plenums, insgesamt sieben Gesetze bzw. "die Gesetzgebung betreffende Entschlüsse" verabschiedet. (RMRB, 1.3.-3.3.95)

Von - begrenzter - politischer Bedeutung ist die abermalige Revision des "Gesetzes betreffend die Organisation der regionalen Volkskongresse und Volksregierungen aller Stufen" sowie des "Gesetzes betreffend die Wahlen zum NVK und zu den regionalen Volkskongressen aller Stufen". Beide Gesetze waren am 1. Juli 1979 verabschiedet worden und wurden nach 1982 und 1986 nun zum dritten Male revidiert. Die Neuerungen betreffen unter anderem Abgeordnetenzahl und -zusammensetzung in den Volksvertretungen sowie den Proporz zwischen Delegierten, die verschiedene Bevölkerungsgruppen repräsentieren sollen (Land-/Stadtbevölkerung, ethnische Minderheiten etc.). Die bescheidenen Reformen im Volkskongreßsystem sollen nach Angaben der NVK-Rechtsordnungskommission zu einer landesweiten Vereinheitlichung lokaler Volksvertretungsorgane und zur Steigerung der Arbeitseffizienz beitragen. Die betreffenden Gesetze traten am 28. Februar in

Kraft. Einzelne Mitglieder des Ständigen Ausschusses hatten zuvor vergeblich darauf gedrängt, weitergehende Reformvorschläge - etwa eine stärker auf öffentliche Programmdebatten ausgerichtete Tätigkeit der Volksvertretungen - in den Gesetzestext aufzunehmen. (XNA, 15.2.95)

Auf eine gesetzliche Grundlage wurde die Arbeit der Justiz- und Vollzugsorgane mit dem neuen "Richtergesetz" (*faguan fa*), dem "Staatsanwältegesetz" (*jianchaguan fa*) und dem "Volkspolizeigesetz" (*renmin jingcha fa*) gestellt. Ziel der Gesetze ist es nach offiziellen Stellungnahmen, die Unabhängigkeit von Richtern und Staatsanwälten in der Ausübung ihrer Amtspflichten zu garantieren sowie die Tätigkeit und Organisation der Polizeiorgane zu vereinheitlichen. Die Gesetze betreffend Richter und Staatsanwälte treten erst am 1. Juli dieses Jahres in Kraft, während das Polizeigesetz am 28. Februar in Kraft trat. Trotz erheblicher Unstimmigkeiten unter den Delegierten während der Entwurfsarbeiten wurden die Gesetzesvorlagen zuletzt fast einstimmig angenommen: Unter den insgesamt 128 anwesenden Mitgliedern des Ständigen Ausschusses gab es nur zwölf Gegenstimmen. -hei-

\*(10)

#### **Dissidenten richten Petitionen an den NVK und bieten der politischen Führung einen konstruktiven Dialog an**

Wie bereits 1994 ist es auch in diesem Jahr im Vorfeld der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses zu Petitionsaktivitäten chinesischer Dissidenten gekommen. Mehrere Gruppen prominenter Systemkritiker richteten Schreiben an die nationale Volksvertretung, in denen politische Reformen, ein entschiedener Kampf gegen die Korruption und ein Ende der politischen Repression gefordert wurden. Führend beteiligt an diesen Initiativen waren Aktivisten der Protestbewegung von 1989, die sich zum Teil nur auf Bewährung auf freiem Fuß befinden und denen immer noch - wie im chinesischen Rechtssystem in solchen Fällen üblich - die politischen und bürgerlichen Rechte entzogen sind. Sprecher offizieller staatlicher Stellen betonten, daß solche Personen überhaupt nicht berechtigt seien, vom Bürgerrecht auf Petition Gebrauch zu machen.

Während die meisten der in den Petitionsschriften enthaltenen Forderungen und Reformvorschläge schon in den

Vorjahren in ähnlicher Form formuliert worden waren, ging ein detaillierter Katalog von Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung über die bisherigen Stellungnahmen der Dissidenten hinaus. Das Schreiben wurde von so bekannten Oppositionellen wie Wang Ruoshui, Chen Ziming, Xu Wenli und Liu Xiaobo unterzeichnet (der vollständige Text ist enthalten in LHB, Hongkong, 27.2.95, nach SWB, 2.3.95).

In dem Schriftstück heißt es, daß ein System der Gewaltenteilung, eine Stärkung der Legislative sowie die Unabhängigkeit von Presse und Rechtsprechung entscheidende Voraussetzungen für einen erfolgreichen Feldzug gegen die Korruption seien.

Erstmals wird die Notwendigkeit eines Zusammenwirkens zwischen politischer Führung und gesellschaftlichen Kräften bei der Korruptionsbekämpfung befürwortet: Wenn China ein modernes und demokratisches Land werden wolle, müßten politische Reformen gleichzeitig "von oben" und "von unten" betrieben werden.

Die "regierende Partei" und gesellschaftliche Kräfte sollten zu einem verantwortungsvollen und konstruktiven politischen Dialog auf gleichberechtigter Basis bereit sein sowie mehr Großmut und weniger Feindseligkeit demonstrieren. Nur wenn man gemeinsam auf einen gesellschaftlichen Ausgleich hinarbeite, könne China der Zukunft hoffnungsvoll entgegensehen. -hei-

\*(11)

#### **Landesweit 3,5 Mio. Volkskongreß-Delegierte**

Nach offiziellen Angaben gab es Ende November 1994 auf allen Ebenen des Volkskongreßsystems rund 3,5 Mio. Delegierte. Darunter finden sich auf der nationalen Ebene (Nationaler Volkskongreß) 2.978 Delegierte, auf der Provinzebene 20.989, auf Bezirksebene (in 189 Volkskongressen) 83.155 Abgeordnete, auf der Kreisebene (in 2.897 Volksvertretungen) 651.311 und auf Gemeindeebene (in 48.172 Volkskongressen) 2.743 Mio.

Seit 1993 hat sich die Zahl der Volksvertreter gegenüber 1990 um etwa 14.000 verringert, was im Zusammenhang mit Verwaltungs- und Gemeinde-reformen steht. (RMRB, 13.2.95) -hei-

\*(12)  
**2,5 Mio. Parteimitglieder auf Wanderschaft**

Nach Informationen der Hongkonger *Mingbao* (3.2.95, nach SWB, 9.2.95) befindet sich zur Zeit knapp ein Zwanzigstel der gesamten KPCh-Mitgliedschaft (1994: 54 Mio.) auf Wanderschaft innerhalb Chinas. Die "Wandergenossen" gehören meist zu den ländlichen Arbeitssuchenden und Kleinunternehmern, die ihr Glück in den städtischen Ballungsräumen Chinas suchen.

Auch offizielle Medien haben in den letzten Monaten wiederholt auf eine dadurch hervorgerufene Destabilisierung mancher örtlicher Parteizellen hingewiesen. Der Revitalisierung der Basisorganisationen gilt zur Zeit die besondere Aufmerksamkeit der Parteizentrale. Im Gefolge der ZK-Plenartagung vom September 1994 sollen inzwischen mehr als 400.000 Kader höherer Ebenen in rund 32.000 Dörfer entsandt worden sein, um eine "Ausrichtung" der dortigen Parteizellen vorzunehmen. (Xinhua, 8.2.1995, nach SWB, 11.2.95)

Für die dörflichen KP-Basisorganisationen, die häufig nur aus einer Handvoll Mitglieder bestehen, erwachsen aus den Abwanderungsbewegungen Probleme, da es sich nicht selten um besonders agile Parteimitglieder handelt, die das Wagnis der Arbeitsuche oder unternehmerischen Betätigung in den Städten auf sich nehmen.

Die Parteizentrale versucht den abwanderungsbedingten Auflösungserscheinungen an der Parteibasis durch einen "Mobilitätsausweis" entgegenzuwirken, der nun an die betreffenden Parteimitglieder verteilt werden soll: Nach der Ankunft an ihrem Zielort sollen sich diese künftig bei den dortigen Parteiorganisation registrieren lassen, an Parteisitzungen teilnehmen und ihre Mitgliedsbeiträge entrichten. Bisher haben viele "Wandergenossen" ihr Leben fern der Heimat offenbar dazu genutzt, sich klammheimlich den aus der Parteimitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen zu entziehen. -hei-

\*(13)  
**Mehr Auslandsreisen bewilligt**

Die chinesischen Behörden haben im Jahre 1994 rund 705.000 Bürgern eine Reise ins Ausland genehmigt. 1993 hatte die Zahl der bewilligten Ausreisen noch um rund 11.000 niedriger gele-

gen. Geschäftliche und berufliche Zwecke, Besuche von Verwandten und Freunden, Auslandsstudien oder auch bloß touristische Interessen zählten zu den am häufigsten in den Anträgen genannten Gründen.

Während in den drei Jahrzehnten zwischen 1949 und 1979 insgesamt nur 200.000 Chinesen ins Ausland hatten reisen dürfen, haben seit der Einleitung der Öffnungspolitik 1979 schon mehr als 3,33 Mio. Chinesen eine Reise ins Ausland unternehmen können. Sprunghaft gesteigert hatte sich die Zahl der Auslandsreiseanträge nach 1986, als die restriktiven Bestimmungen gelockert wurden. (Xinhua, Beijing, 23.2.1995, nach SWB, 24.2.1995)

Der Anteil der "auslandserfahrenen" Chinesen an der Gesamtbevölkerung ist trotz dieser Lockerungen unverändert gering und liegt bei rund 0,3 Prozent. Die schätzungsweise mehrere hunderttausend Menschen umfassende Gruppe der illegalen Auswanderer ist in dieser Zahl allerdings nicht eingeschlossen. -hei-

---



---

## Kultur

---



---

\*(14)  
**Umstrukturierung der Akademie der Sozialwissenschaften**

Die Reform der Akademie der Sozialwissenschaften (vgl. dazu C.a., 1994/2, Ü 14) nimmt konkrete Formen an. Auf ihrer diesjährigen Arbeitstagung wurde ein Planentwurf zur Neuordnung der Forschungsstruktur vorgelegt, der innerhalb der nächsten drei bis fünf Jahre umgesetzt werden soll. Von insgesamt 300 an der Akademie vertretenen Fächern (*xueke*) sollen 40 abgeschafft werden; außerdem sollen 30 von insgesamt 210 Forschungsabteilungen (*yanjiushi*) aufgelöst werden (vgl. GMRB, 18.2.95; s.a. XNA, 17.2.95).

Die Akademie besteht derzeit aus 31 Forschungsinstituten und einem Forschungszentrum; sie decken fast das gesamte geistes- und sozialwissenschaftliche Spektrum ab. Diese Vollständigkeit soll zugunsten der Förderung bestimmter Schwerpunkte aufgegeben werden, zumal auf einer ganzen Reihe von Gebieten nichts geleistet wird. Von seiten der Akademie heißt es, daß von den

300 Fächern nur ein Drittel hervorragende Erfolge aufweise und über 20 Prozent aufgrund der personellen, materiellen und finanziellen Ausstattung nicht die erforderliche Leistung erbrächten (GMRB, ebd.).

Im einzelnen sollen ca. 100 wichtige Forschungsgebiete verstärkt ausgebaut werden, darunter die folgenden:

- in der Wirtschaftswissenschaft z.B. Analyse und Prognose der wirtschaftlichen Situation, Industriestandorte und Regionalwirtschaft, Management von Industriebetrieben und ökologische Wirtschaft auf dem Lande;
- in der Geschichtswissenschaft moderne politische Geschichte, die Geschichte der chinesisch-ausländischen Beziehungen und die Geschichte der Grenzgebiete;
- in der Philosophie, Religionswissenschaft und Zeitungswissenschaft die Erforschung der Prinzipien der marxistischen Philosophie, die Geschichte der chinesischen Volksreligion und marxistisches Nachrichtenwesen;
- auf dem Gebiet internationale Probleme die Erforschung der Weltwirtschaft und der Volkswirtschaften der Entwicklungsländer.

Gut 20 Fächer, die für die Modernisierung dringend erforderlich sind, sollen besonders gefördert werden, darunter

- die Theorie eines Sozialismus chinesischer Prägung,
- die sozialistische Marktwirtschaft und Ethik,
- religiöse Fragen im heutigen China,
- Investitionen und Markt,
- Bevölkerung und Entwicklung
- und internationale Beziehungen im asiatisch-pazifischen Raum.

Eine ganze Reihe von Fächern und Forschungsinstituten, die seit langem keine Fortschritte erzielt und keine Perspektiven haben, sollen abgeschafft, verkleinert oder nötigenfalls zusammengelegt werden. Betroffen sind z.B. die folgenden Fächer:

- In der Industriebirtschaft wird die Forschungsabteilung für Betriebsmanagement aufgelöst zugunsten der Einrichtung je einer Forschungsabteilung für Betriebssysteme, für Betriebswirtschaft und Management von Industriebetrieben und für Mittel- und Kleinunternehmen.
- In der Politologie wird die Forschungsabteilung für vergleichende Politik abgeschafft; statt dessen werden zwei Abteilungen für Politische Systeme und Verwaltungswissenschaft eingerichtet.